

Evangelisches Studienwerk e.V.



*Schriftenreihe des Promotionsschwerpunkts
Makroökonomische Diagnosen und Therapien der Arbeitslosigkeit*

Nr. 6/1999

Lohnbildung und Beschäftigung

von

Jürgen Kromphardt

Stuttgart-Hohenheim

ISSN 1436 - 1655

Lohnbildung und Beschäftigung

von

Jürgen Kromphardt

Institut für Volkswirtschaftslehre
Fachbereich Wirtschaft und Management
Technische Universität Berlin
Uhlandstraße 4-5
10623 Berlin

Inhaltsverzeichnis:

1.	Einleitung	1
2.	Das „theoretische Referenzmodell“ von W. Franz.....	2
3.	Gewerkschaft und Arbeitslosigkeit.....	5
4.	Probleme der empirischen Überprüfung des Zusammenhangs zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung	8
5.	Empirische Zusammenhänge	9
6.	Die Verteidigungslinie des Sachverständigenrats.....	12
7.	Die Pseudo-Empirie von Lapp/Lehment	14
8.	Schlußbemerkung	16
	Literatur.....	17

Überarbeitete Fassung eines am 12.11.1998 an der Universität Hohenheim gehaltenen Vortrags. Den Diskussionsteilnehmern danke ich für hilfreiche Kommentare.

1. Einleitung

Bei der Wahl dieses Titels schimmert die ebenso alte wie weit verbreitete These durch, derzufolge das Beschäftigungsniveau und damit die Arbeitslosigkeit wesentlich von der Lohnhöhe bestimmt seien. Der Titel trägt aber der Tatsache Rechnung, daß in den kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften das Nominallohniveau überwiegend in kollektiven Tarifverhandlungen vereinbart wird; das Reallohniveau ist allerdings das Ergebnis der Gütermarktprozesse.

Diese Tatsache wird in der modernen Arbeitsmarktökonomie berücksichtigt. Dies zeigt sich z.B. daran, daß W. Franz, der führende deutsche Arbeitsmarktökonom, für das „Ottobeurer Seminar“ 1995 über „Arbeitslosigkeit und die Möglichkeiten ihrer Überwindung“ ein theoretisches Referenzmodell für die Arbeitsmarktanalyse vorgestellt hat, das von unvollständiger Konkurrenz auf den Güter- **und** Arbeitsmärkten ausgeht.

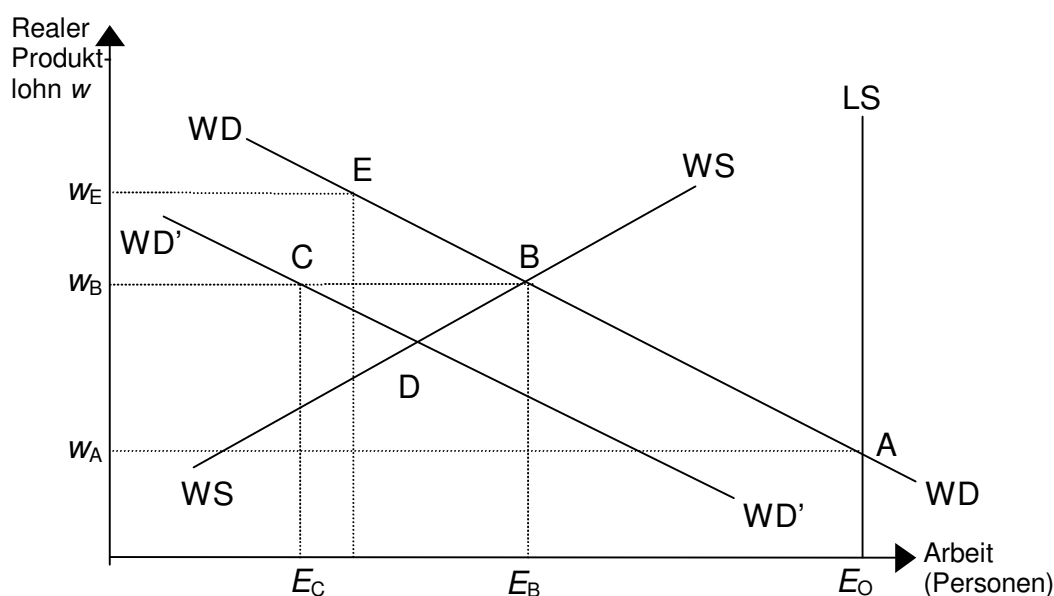
Damit läßt W. Franz das alte neoklassische Grundmodell des Arbeitsmarktes hinter sich, das für vollständige Konkurrenz und für einen dominierenden (oder allein relevanten) Substitutionseffekt beim Arbeitsangebot den Arbeitsmarkt durch zwei sich kreuzende Kurven für Arbeitsangebot und -nachfrage wiedergibt, die dem Bild für den Markt eines einzelnen Gutes entsprechen und damit dem „Totem der Mikros“ gemäß Leijonhufvuds „Life among the Econ“ (1981, S. 353).

Dieses Referenzmodell will ich Ihnen im 1. Abschnitt präsentieren (und dabei seine inkonsistente Interpretation durch W. Franz kritisieren) und im 2. Abschnitt durch Überlegungen zum Gewerkschaftsverhalten ergänzen. Der 3. und 4. Abschnitt befaßt sich mit Problemen und Ergebnissen empirischer Untersuchungen. Die Abschnitte 5 und 6 kritisieren zwei Autorengruppen, die diese Ergebnisse zur Kenntnis zu nehmen zu vermeiden trachten.

2. Das „theoretische Referenzmodell“ von W. Franz

Das theoretische Referenzmodell ist in Abb. 1 wiedergegeben; eine ähnliche Darstellung findet man z.B. bei Bean (1994) in seinem Übersichtsartikel „European Unemployment. A Survey“, in dem Standardwerk von Layard/Nickell/Jackman (1991) sowie bei Carlin/Soskice (1990).

Abbildung 1: Das theoretische Referenzmodell von W. Franz



Symbolik:

WD = Arbeitsnachfrage- bzw. Preissetzungskurve

WS = Lohnsetzungs- bzw. Kollektive Arbeitsangebotskurve

LS = aggregiertes individuelles Arbeitsangebot

W. Franz erläutert die drei Kurven, die hier den gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarkt beschreiben, wie folgt (1996, S. 5/6):

- Die senkrechte LS -Kurve gibt das aggregierte individuelle Arbeitsangebot wieder. Dieses wird „der Einfachheit halber als exogen angenommen, insbesondere ist es nicht vom Reallohn abhängig. Als Rechtfertigung kann auf die empirisch ermittelte, meist geringe Reallohnelastizität des Arbeitsangebotes verwiesen werden.“
- Die WS -Kurve (wage-setting-curve) gibt an, welchen Reallohn die in Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer bei alternativen Beschäftigungsniveaus verlangen. Dabei werden die Beschäftigungsniveaus hier durch die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte wiedergegeben. In

den Worten von Franz „repräsentiert die WS-Kurve das Lohnsetzungsverhalten oder das kollektive Arbeitsangebot“. Dabei ist der Ausdruck Lohnsetzungskurve treffender, weil bei der WS-Kurve gegenüber einer herkömmlichen Arbeitsangebotskurve die Wirkungsrichtung umgedreht ist: Während eine Arbeitsangebotskurve aussagt, wie hoch das Arbeitsangebot bei alternativen Reallohniveaus ist, gibt die Lohnsetzungskurve an, welcher Reallohn bei alternativen Beschäftigungsniveaus gefordert wird. Der Reallohn ist nicht mehr die erklärende, sondern die erklärte und abhängige Variable.

Für den steigenden Verlauf der WS-Kurve führt Franz mehrere Gründe an:

- a) Die steigende Macht der Gewerkschaften (dieses Argument paßt allerdings eher für Nominallöhne als für Reallohn, da die Marktmacht der Unternehmer ebenfalls steigt).
- b) Elemente der Effizienzlohntheorie: Die Unternehmer zahlen höhere Löhne mit steigender Beschäftigung, um die Fluktuation (Abwanderung) und Drückebergerei der Arbeitskräfte zu verringern.

Bei Bean (1994) findet man ein drittes Argument, demzufolge die Reallohn mit zunehmender Beschäftigung steigen müssen, um nichterwerbstätige Personen zur Erwerbstätigkeit zu veranlassen.

- Als dritte Kurve figuriert die WD-Kurve, die „je nach Annahme über die Marktform auf den Produktmärkten ... entweder die traditionelle Arbeitsnachfragefunktion oder das Preissetzungsverhalten der Unternehmen“ wiedergibt. Als Arbeitsnachfragekurve bei vollständiger Konkurrenz sagt sie aus, wieviel Arbeit bei alternativen Reallohnen nachgefragt wird. Was aber gibt sie bei unvollständiger Konkurrenz an? Jetzt „spiegelt die WD-Kurve das Preissetzungsverhalten von Firmen in Abhängigkeit des Arbeitseinsatzes wider: Eine höhere Beschäftigung führt zu höheren Preisen und damit bei gegebenem Nominallohn zu einem niedrigeren Reallohn.“

Auch hier konstatiert Franz die Umkehr der Wirkungsrichtung gegenüber der traditionellen Kurve: Bei unvollständiger Konkurrenz wird durch diese Kurve nicht die Höhe der Nachfrage nach Arbeit erklärt, sondern die Höhe des Reallohns, den die Unternehmer durch ihr Preissetzungsverhalten bei alternativen Beschäftigungsniveaus erreichen wollen.

Den fallenden Verlauf der WD-Kurve begründet Franz damit, daß „der Zuschlagsfaktor auf die Grenzkosten positiv mit der Output- und damit mit der Beschäftigungsentwicklung korreliert ist.“ Ein größerer Zuschlagsfaktor bedeutet, daß die Unternehmer bei gegebenem Nominallohn höhere Preise durchsetzen und damit der reale Produktlohn abnimmt, d.h. der Nominallohn bezogen auf den Preis des von den Arbeitskräften hergestellten Produkts.

Macht man die Steigung der Preissetzungskurve nur von der Zuschlagskalkulation abhängig, so wird zusätzlich deutlich, daß es sich hier um keine Arbeitsnachfragekurve handeln kann. Denn für den Fall, daß der Zuschlagsfaktor konstant bleibt, verläuft die WD-Kurve horizontal; eine Aussage über die Arbeitsnachfrage bei alternativen Reallöhnen läßt sich dann nicht mehr ableiten.

Man muß aber gar nicht den Weg einschlagen, den fallenden Verlauf der WD-Kurve nur über variable Zuschlagssätze zu erklären und auf die Begründung über fallende Grenzproduktivität zu verzichten. Richtig ist zwar, daß bei unvollkommener Konkurrenz die Unternehmen nicht stets bei steigenden Grenzkosten und folglich mit sinkender Arbeitsproduktivität produzieren. Aber in gesamtwirtschaftlicher Sicht läßt sich der fallende Verlauf über die im Durchschnitt niedrigere Qualifikation der Outsider gegenüber den Insidern und über Struktureffekte erklären, die sich ergeben, wenn neue Arbeitsplätze in höherem Maße in niedrigproduktiven Dienstleistungsbereichen entstehen.

Die wichtigste Konsequenz aus dem „theoretischen Referenzmodell“ besteht darin, daß der Arbeitsmarkt allein die Beschäftigung nicht erklären kann, sondern nur bestimmt, welcher Reallohn bei alternativen Beschäftigungsniveaus durchgesetzt wird. Dies haben Carlin/Soskice (1990, S. 159) klar zum Ausdruck gebracht und festgestellt:

„In the imperfect competition model, output, y , is fixed by the demand for output. The level of output in the economy depends on the level of aggregate demand in the IS/LM diagram, and this, via the short-run production function, determines the level of employment.“

Eine reallohnbedingte „klassische“ Arbeitslosigkeit kann nur in dem Ausmaß vorliegen, in dem der Schnittpunkt von WS- und WD-Kurve von der Vollbeschäftigungssituation abweicht. Tendiert die Volkswirtschaft zu einer Beschäftigung oberhalb dieses Schnittpunktes, so passen Lohnforderungen der Gewerkschaften und Preissetzungsverhalten der Unter-

nehmen nicht zusammen. Da beide Kurven einen Indikator der jeweiligen Marktmacht darstellen, ist zu vermuten, daß beide Seiten auf ihren Positionen bestehen. Dann wird sich eine Lohn-Preisspirale ergeben und damit - wenn sich die Konstellation nicht ändert - eine schleichende Inflation oder eine Restriktionspolitik der Zentralbank. Rechts vom Schnittpunkt ist eine inflationsfreie Entwicklung nicht möglich. Der Schnittpunkt gibt also die maximale NAIRU an.

Offen bleibt bei Franz, welcher Reallohn sich am Markt ergeben wird. Klar ist die Antwort nur im Schnittpunkt dieser beiden Kurven. Hat die vom Gütermarkt bestimmte Beschäftigung genau das Niveau, bei dem Lohnsetzungsforderungen der Gewerkschaften und Preissetzungsverhalten der Unternehmen übereinstimmen, so kann der entsprechende Reallohn problemlos realisiert werden.

Unterhalb des Beschäftigungsniveaus, das zum Schnittpunkt gehört, besteht ein erheblicher Spielraum zwischen dem Reallohn, den die Arbeitnehmer durchsetzen möchten bzw. den durchzusetzen sie sich in der Lage sehen, und dem Reallohn, den die Unternehmer maximal zu zahlen bereit sind. In diesem Falle bedarf es zusätzlicher Hypothesen, um eine Aussage darüber treffen zu können, welcher Reallohn sich einstellen wird. Die relativ schwächere Machtposition der Gewerkschaften bei niedriger Beschäftigung spricht dagegen, daß die Unternehmer gerade in dieser Situation einen niedrigeren Zuschlagsatz anwenden.

3. Gewerkschaften und Arbeitslosigkeit

Was die Höhe der Beschäftigung bzw. der Arbeitslosigkeit betrifft, so bleibt die Frage nach ihren Bestimmungsgründen links vom Schnittpunkt von WS-Kurve und WD-Kurve offen, da das Beschäftigungsniveau als unabhängige Variable behandelt wird. Nur die Arbeitslosigkeit, die dem Schnittpunkt entspricht (oder gar darunter liegt), kann durch das Modell erklärt werden, und zwar als eine Arbeitslosigkeit, die aus der Unvereinbarkeit von inflationär wirkenden Lohnforderungen und geldpolitischem Kurs der Zentralbank resultiert.

Welche Relevanz dieser lohnorientierte Ansatz zur Erklärung der Arbeitslosigkeit hat, hängt von der Lage der beiden o.a. Kurven und damit von der Lage ihres Schnittpunktes ab. W. Franz hat ihn sehr weit links plaziert, was ihn dazu verleitet, trotz der Umkehr der Wirkungsrichtung

aus der Abb. 1 „kollektive Lohnverhandlungen mit dem Resultat einer Arbeitslosigkeit in Höhe der Strecke $E_B E_O$ “ (1996, S. 6) herauszulesen.

Diese Schuldzuweisung entbehrt solange der theoretischen Fundierung, wie sich die Lage der beiden Kurven zueinander nicht genau bestimmen läßt. Bei gegebener WD-Kurve ist dafür der Verlauf der WS-Kurve und damit das Gewerkschaftsverhalten entscheidend. Mit dieser Problematik hat sich K. Jäger (1996) in einem Referat „Gewerkschaftsverhalten und Arbeitslosigkeit“ ausführlich beschäftigt.

Jäger geht für Deutschland passend davon aus, daß die Tarifparteien über den Nominallohn verhandeln und die Unternehmen hinterher die Beschäftigung festlegen. In der Literatur wird dann diskutiert, welches die Zielfunktion der Gewerkschaften sei. Jäger erörtert drei Varianten der generellen Hypothese, daß die Gewerkschaft den Erwartungsnutzen ihres repräsentativen Mitglieds maximiert. Dieser ist bei Arbeitslosenquoten von 10 % typischerweise beschäftigt (also Insider). Dessen Nutzen wiederum hängt ab:

- a) von der Wahrscheinlichkeit, weiter beschäftigt zu werden
- b) von der Differenz zwischen der Entlohnung in dem Unternehmen und dem Einkommen aus den vorhandenen Alternativen, nämlich dem Einkommen
 - ba) auf einem Arbeitsplatz in einem anderen Unternehmen
 - bb) nach einem Abgang in die Arbeitslosigkeit.

Die Wahrscheinlichkeit unter (a) hängt vom Entlassungsverhalten des Unternehmens ab:

- Werden notwendige Entlassungen zufallsverteilt vorgenommen, sind alle Insider in gleicher Weise von Entlassungen bedroht.
- Gilt das Senioritätsprinzip (last in, first out), ist für das Medianmitglied die Entlassungswahrscheinlichkeit gering oder gleich Null.

Was bedeuten diese Zusammenhänge für Lage und Steigung der WS-Kurve?

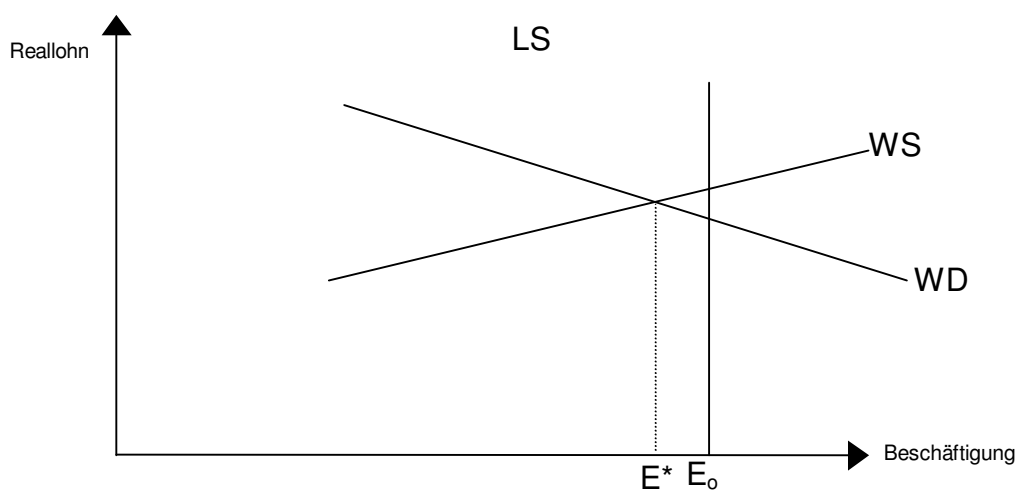
Je höher der Beschäftigungsgrad, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, bei Entlassung eine neue, eventuell gleich gut bezahlte Stelle zu finden. Die Gefahr, durch zu hohe Lohnforderungen seinen Arbeitsplatz zu verlieren, wird geringer bewertet, selbst wenn sie sich nicht verändert. Da sich die Verhandlungsposition der Gewerkschaft verbessert, könnte sie versuchen, über höhere Nominallöhne höhere Reallöhne zu erreichen. Ob

sie dies schafft, hängt von den Preisüberwälzungsmöglichkeiten der Unternehmen ab, die mit dem Beschäftigungsgrad tendenziell ansteigen.

Bevor die Gewerkschaft diesen Versuch unternimmt, muß sie (sofern sie groß ist) sich allerdings überlegen: Höhere Preise führen zu höherer Inflation und können eine restriktive Geldpolitik der Zentralbank provozieren; dann aber sinkt für das repräsentative Mitglied die Wahrscheinlichkeit, weiterbeschäftigt zu werden. Je mehr die Gewerkschaft diese Möglichkeit berücksichtigt, desto flacher verläuft die WS-Kurve.

Über die Lage der WS-Kurve relativ zur WD-Kurve sagt dies alles nicht genügend aus, die Frage, ob in einer konkreten Situation nachfragebedingte (keynesianische) oder klassische Arbeitslosigkeit vorliegt, läßt sich nicht entscheiden. Der Arbeitsmarkt kann nämlich auch durch Abb. 2 repräsentiert sein.

Abbildung 2: Arbeitsmarkt mit beschäftigungskonformem Lohnniveau



Vielleicht hilft die empirische Forschung uns weiter? Diese Frage ist leichter gestellt als beantwortet, denn vor der empirischen Überprüfung sind einige Fragen zu klären.

4. Probleme der empirischen Überprüfung des Zusammenhangs zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung

Die empirische Überprüfung wirft mehrere Probleme auf. Das erste entsteht durch die Notwendigkeit, die Zunahme der Arbeitsproduktivität zu berücksichtigen. Das theoretische Referenzmodell von W. Franz argumentiert vereinfachend für den Fall konstanter Arbeitsproduktivität, und auch die Überlegungen von Jäger berücksichtigen deren Anstieg im Zeitablauf nicht.

Beobachtungen der Reallohnentwicklung im Zeitablauf müssen jedoch den Anstieg der Arbeitsproduktivität einbeziehen; denn dieser erhöht - für sich genommen - den Umfang von inflationsneutralen Lohnsteigerungen. Die übliche Lösung dieses Problems besteht darin, daß man die Lohnentwicklung auf die Produktivitätsentwicklung bezieht und die Veränderung dieses Quotienten verfolgt. Dieser stellt zugleich die realen Lohnstückkosten und die Lohnquote dar, wenn man die Preisentwicklung am BIP mißt. Denn es gilt:

$$(1) \quad \frac{l}{p} \cdot \frac{X}{A} = \frac{l \cdot A}{\underbrace{p \cdot X}_{\text{reale Lohnstückkosten}}} = \frac{l/p \cdot A}{\underbrace{X}_{\text{Lohnquote}}}$$

Das folgende Problem handelt man sich damit ein: X/A ist keine exogene Größe, sondern vermutlich vom Wachstum des Lohnniveaus abhängig, nämlich dann, wenn die Unternehmen die Kapitalintensität, die X/A mitbestimmt, am Lohn-Zins-Verhältnis (l/i) orientieren, was sie als Minimalkostenkombinierer und damit Gewinnmaximierer tun sollten. Geht man auf die Ursachen steigender Arbeitsproduktivität zurück, wird es auch nicht besser: Der technische Fortschritt ist direkt nicht meßbar, die Kapitalintensität ist - wie gesagt - nicht exogen.

Eine gewisse Ungenauigkeit ergibt sich darüber hinaus, weil die statistischen Maße häufig nicht zusammenpassen: X/A wird auf alle Erwerbstätigen bezogen, l/p nur auf die abhängig Beschäftigten!

Übernimmt man mangels einer besseren Alternative die relative Lohnhöhe als relevante Variable, so ist zu klären, welche überprüfbare Hypothese sich aus dem theoretischen Referenzmodell ableiten läßt. Ein eindeutiger Zusammenhang zwischen relativer Lohnhöhe und Beschäftigung ergibt sich nur dann, wenn die Unternehmen sich stets auf der WD-Kurve bewegen, wobei die realisierten Punkte von der jeweiligen WS-Kurve abhängen. In diesem Fall liegt stets reallohnbedingte Arbeitslosigkeit vor, wie Jäger (1996, S. 183) ebenfalls feststellt. Da die WD-Kurve fallend verläuft, muß es einen negativen Zusammenhang zwischen realen Lohnstückkosten (=Lohnquote) und Beschäftigung geben.

Nun bleibt nur noch zu klären, welcher Maßstab der Beschäftigungssituation auf der Abszisse stehen soll. In den Erläuterungen, die W. Franz gibt, ist von der Beschäftigtenzahl die Rede. Dies ist insofern unbefriedigend, als die Machtposition der Arbeitnehmer auf den Arbeitsmärkten nicht nur von der Beschäftigtenzahl, also der nachgefragten Arbeit abhängt, sondern auch vom Arbeitsangebot. Ein besserer Maßstab ist also der Beschäftigungsgrad, d.h. das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Erwerbspersonen. Der entspricht der Größe von „Eins minus Arbeitslosenquote“. Er ermöglicht zudem internationale und intertemporale Vergleiche. Gegen diesen Maßstab spricht, daß man sich mit ihm alle Probleme einhandelt, die mit der Messung der Arbeitslosenquote verbunden sind (auf die ich hier nicht näher eingehen kann). Bei internationalen Vergleichen und bei der Betrachtung langer Zeitreihen muß man diesen Nachteil auf sich nehmen, weil sonst die Aussagekraft verloren geht.

5. Empirische Zusammenhänge

Betrachten wir nun die Empirie und die Interpretation ihrer Ergebnisse: Ich beginne mit Heiner Flassbeck, der in Heft 4/98 der WSI-Mitteilungen eine „einfach empirische Widerlegung der neoklassischen Beschäftigungstheorie“ offeriert. Flassbeck vergleicht dafür die Entwicklung der Reallohnposition (also der kumulierten Veränderung der realen Lohnstückkosten) in Deutschland, Frankreich und den USA in den sieben Jahren nach den Rezessionen 1982/83 in diesen drei Staaten und konstatiert: In den USA ist die Arbeitslosenquote deutlich zurückgegangen, die Reallohnposition aber nur wenig (3% in 7 Jahren). In Frankreich ist diese Position in sieben Jahren um 12 % gesunken, die Arbeitslosenquote aber ist gestiegen. In Westdeutschland ist die Reallohnposition um 6 % zu-

rückgegangen, aber die Arbeitslosenquote ist weniger gesunken als in den USA. Mithin erhält man zwei Aussagen:

- In Frankreich müßte die neoklassische Theorie mit einer steigenden WD-Kurve vereinbar sein.
- Die Arbeitslosenquote sinkt dort am meisten, wo die Lohnzurückhaltung am geringsten ist.

Ergänzt man diesen etwas summarischen Vergleich um eine Betrachtung von Jahreszahlen zur Lohn- und Beschäftigungsentwicklung seit 1982, so ergibt sich für die drei ausgewählten Staaten ein überraschendes, leicht unterschiedliches, aber für Deutschland und Frankreich eindeutiges Bild (s. Abb. 3).

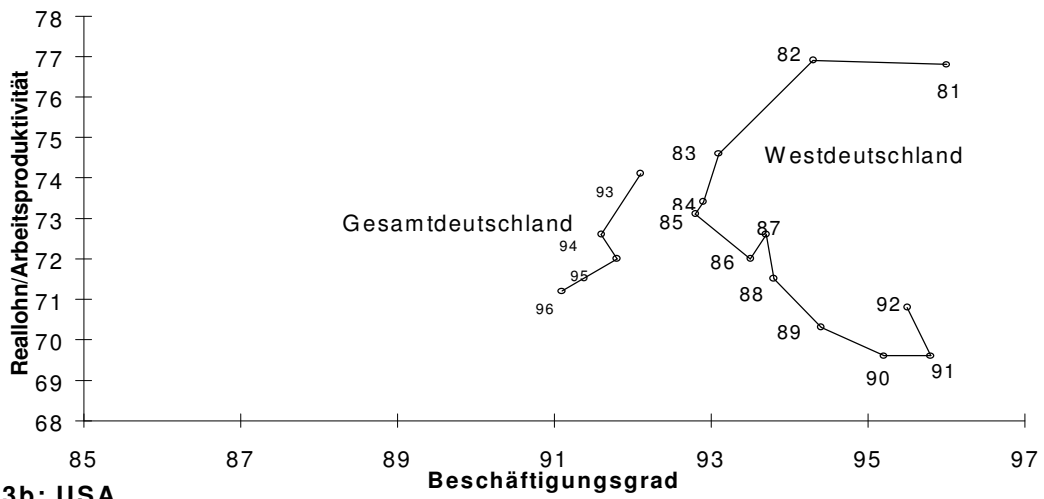
In Deutschland und Frankreich ergibt sich eine praktisch senkrechte Kurve: Die ständige Lohnzurückhaltung hat die Arbeitslosenquote nicht verringert, obwohl sie viel stärker war als in den USA. Nur dort findet man einen Zusammenhang, der mit der neoklassischen Vorstellung vereinbar ist, daß die Unternehmen sich stets auf der (fallenden) WD-Kurve befinden und Lohnzurückhaltung zu mehr Beschäftigung führt. Diese Entwicklung ist aber auch mit einer keynesianischen Interpretation vereinbar, die Jäger anspricht, wenn er schreibt (1996, S. 182):

„Solange sich die Firmen auf ihren Arbeitsmarktnachfragekurven befinden (also auf der WD-Kurve - J.K.), führen ... expansive geld- und fiskalpolitische Maßnahmen zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit ... nur bei sinkendem Reallohnsatz.“

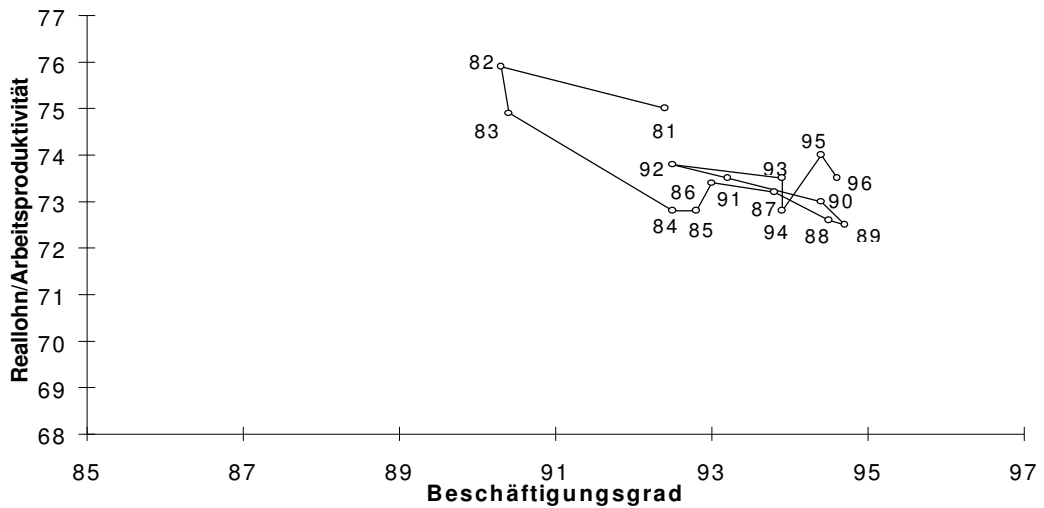
Auch die Entwicklung in den USA kann also in keynesianischer Manier erklärt werden, bei der die Nachfrage nach Gütern (beeinflußt von Geld- und Fiskalpolitik) die Beschäftigung bei der jeweils gegebenen Produktionstechnik bestimmt, solange der Reallohn nicht in dem Sinne zu hoch ist, daß er eine rentable Produktion zur Befriedigung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage verhindert. Mit der Entwicklung in Deutschland und Frankreich ist nur diese Interpretation vereinbar, die damit die einzige ist, die auf die Entwicklung in allen drei Staaten paßt.

Abbildung 3: Lohnzurückhaltung und Beschäftigungsgrad in Deutschland, Frankreich, USA

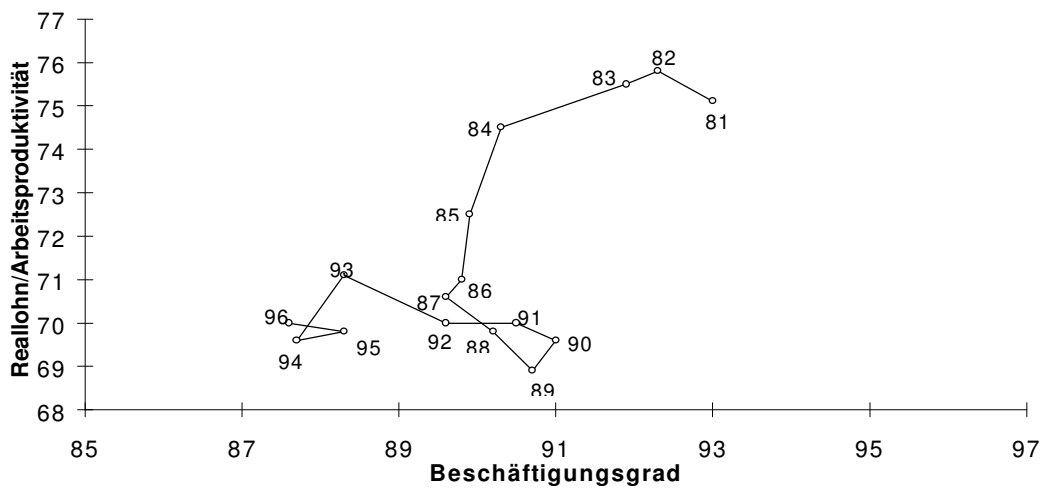
3a: Deutschland



3b: USA



3c: Frankreich



Quelle: Reallohn/Arbeitsproduktivität: SVR: Jahresgutachten 1998/1999, Tabellen 4* und 28*; Beschäftigungsgrad: OECD, Economic Outlook, June 1998, Table 22.

Die anhaltende Lohnzurückhaltung in Deutschland und Frankreich ist daher die Folge der hohen Arbeitslosigkeit: Diese hat die Arbeitnehmerposition so stark geschwächt, daß sie eine ständige Verschlechterung der Reallohnposition hinnehmen mußten. Diese Hinnahme wird ihnen - im Gegensatz zu den USA - dadurch erleichtert, daß die Arbeitsproduktivität kräftig gestiegen ist. Deren Anstieg hat allerdings auch einen negativen Aspekt; denn sie bedeutet, daß eine gegebene Wachstumsrate der Produktion mit weniger zusätzlichen Arbeitskräften verbunden ist. Dies verschlechtert erneut die Beschäftigungssituation, schwächt die Position der Arbeitnehmer usw.

Noch zu erörtern bleibt, ob die wahrscheinliche Abhängigkeit der Kapitalintensität von der Entwicklung des Lohn-Zins-Verhältnisses eine Modifikation dieser Aussage erfordert. Darauf komme ich im nächsten Abschnitt zurück.

6. Die Verteidigungslinie des Sachverständigenrats

Die Schlußfolgerung, daß die Lohnzurückhaltung die Konsequenz aus der hohen Arbeitslosigkeit ist und nicht in entgegengesetzter Wirkungsrichtung einen günstigen Einfluß auf die Beschäftigung hat, wird von vielen zu vermeiden gesucht. Ich betrachte zunächst den Sachverständigenrat (SVR). Dieser konstatiert im Jahresgutachten 1997/98 (Tz 371) besorgt:

„In der Öffentlichkeit mehren sich die Stimmen, die die Berechtigung einer moderaten Lohnpolitik angesichts des anhaltenden Beschäftigungsabbaus zunehmend in Zweifel ziehen. In der Tat ist zu klären, warum es trotz der ... praktizierten Lohnzurückhaltung bisher noch zu keiner Trendwende auf dem Arbeitsmarkt gekommen ist.“

Bei dem Versuch, dies zu leisten, kommt der SVR arg ins Schleudern. Er verweist auf zwei Effekte niedrigerer Arbeitskosten:

- a) die Kosten sinken, daraufhin „werden die Unternehmen die Produktion erhöhen (entsprechende Absatzerwartung vorausgesetzt)“;
- b) sinkende Kosten der Arbeit verlangsamen die Substitution von Arbeit durch Kapital.

Zu dem ersten Argument gibt der SVR implizit selbst die Antwort: Es fehlten offenbar die Absatzerwartungen. Woher sollten sie auch kommen? Die Bedeutung des Substitutionseffektes schränkt der SVR selber

ein, aber nicht genügend: Er bedenkt nicht, daß weniger Substitution weniger Rationalisierungs-Investitionen und damit weniger Nachfrage und Absatz für die Investitionsgüterindustrie bedeutet. Dies verstärkt zusätzlich das Scheitern bei der ersten Argumentationslinie.

Dennoch besteht der SVR unverdrossen auf weiterer Lohnzurückhaltung. Es müsse (so Tz 368) „die Lohnerhöhung deutlich unterhalb der um den Beschäftigungsabbau bereinigten Arbeitsproduktivität bleiben, um die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu unterstützen“. Der SVR verlangt also eine doppelte Zurückhaltung: Erstens ist die Arbeitsproduktivität um den Beschäftigungsabbau zu bereinigen und zweitens muß die Lohnsteigerung noch darunter bleiben.

Der SVR steht, wie man sieht, mit dem Rücken an der Wand. Er kommt nicht umhin, die fehlende Wirkung der Lohnzurückhaltung auf die Beschäftigung zuzugeben und die Absatzerwartungen wenigstens zu nennen.

Zugunsten der Substitutionsthese läßt sich allerdings darauf verweisen, daß mittel- und langfristig der Nachfrageausfall aufgrund verlangsamter Substitution gegenüber dem arbeitsplatzzerhaltenden Effekt dieser Verlangsamung an Bedeutung verliert. Insofern spricht Einiges für die Vermutung, die ich in Kromphardt (1998) geäußert habe, daß das langsamere Wachstum der Nominallöhne (im Vergleich zur Entwicklung der nominalen Zinssätze, die trendmäßig im Großen und Ganzen konstant sind oder gar fallen) in den USA die Substitution von Arbeit durch Kapital verlangsamt hat. Dafür spricht auch die niedrigere Investitionsquote in den USA. Diese wiederum führt in den USA deswegen nicht zu einem niedrigeren Auslastungs- und Beschäftigungsgrad, weil dort auch die Sparquote der privaten Haushalte deutlich niedriger ist.

Flassbeck/Spiecker (1998) bestreiten die Relevanz des Substitutionsmotivs mit dem Hinweis auf die enge positive Korrelation von Ausrüstungsinvestitionen und Beschäftigung. Diese zeige, daß die Unternehmen in erster Linie gleichzeitig mehr Arbeit und mehr Kapital einsetzen und der Ersatz von Arbeit durch Kapital nachrangig ist. Zu dieser Problematik sind weitere empirische Untersuchungen erforderlich. Mein Hinweis auf die niedrige Investitions- und Sparquote in den USA macht außerdem deutlich, daß auch dann, wenn der Substitutionsaspekt wichtig ist, die Wirkung moderater Lohnentwicklung nicht ohne Beachtung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen analysiert werden kann.

Den genannten Interpretationsschwierigkeiten entginge man, wenn man im Gegensatz zu Abb. 3 auch für kontinentaleuropäische Staaten einen positiven Zusammenhang zwischen Lohnzurückhaltung und Beschäftigung ermitteln könnte. Dies versuchen Lapp/Lehment (1997), allerdings auf bedenkliche Weise.

7. Die Pseudo-Empirie von Lapp/Lehment (1997)

Lapp/Lehment vom Kieler Institut für Weltwirtschaft versuchen, in kreativer Weise auch für Deutschland einen positiven Zusammenhang von Lohnzurückhaltung und Beschäftigung nachzuweisen. Das Kreative besteht in ihrer Definition von Lohnzurückhaltung (LZ). Sie definieren diese als „Zuwachsrate des NIP (als Maßstab der Verteilungsmasse - JK) abzüglich der Zuwachsrate der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten“. Letzteres soll die Inanspruchnahme der Verteilungsmasse messen.

Erstaunt stellt man fest, daß hier eine Gesamtgröße zu einer pro-Kopf-Größe in Beziehung gesetzt wird. Das hat systematisch verzerrende Konsequenzen. Die Definition von Lapp/Lehment lautet als Gleichung:

$$(1) \quad LZ_{LL} = w_Y - w_{L/A}$$

Dabei bezeichnet L die Lohnsumme und A die Zahl der Arbeitnehmer.

Bei kleinen Änderungen folgt aus (1):

$$(2) \quad LZ_{LL} = w_Y - w_L + w_A = w_A - (w_L - w_Y)$$

daraus folgt:

$$(3) \quad LZ_{LL} = w_A - w_{L/Y}$$

Gleichung (3) zeigt: Je rascher die Beschäftigung steigt, desto größer ist LZ_{LL} .

Die übliche Definition von LZ dagegen vergleicht die Steigerung der Reallohnsätze mit jener der Arbeitsproduktivität und spricht von LZ, wenn $w_{lr} < w_{X/A}$. Nun besteht die folgende definitorische Beziehung, bei der Y und X

das nominale reale Nettoinlandprodukt (NIP) und p den Preisindex des NIP bedeuten:

$$(4) \quad \frac{L}{Y} = \frac{l \cdot A}{p \cdot X} = \frac{l_r}{X / A},$$

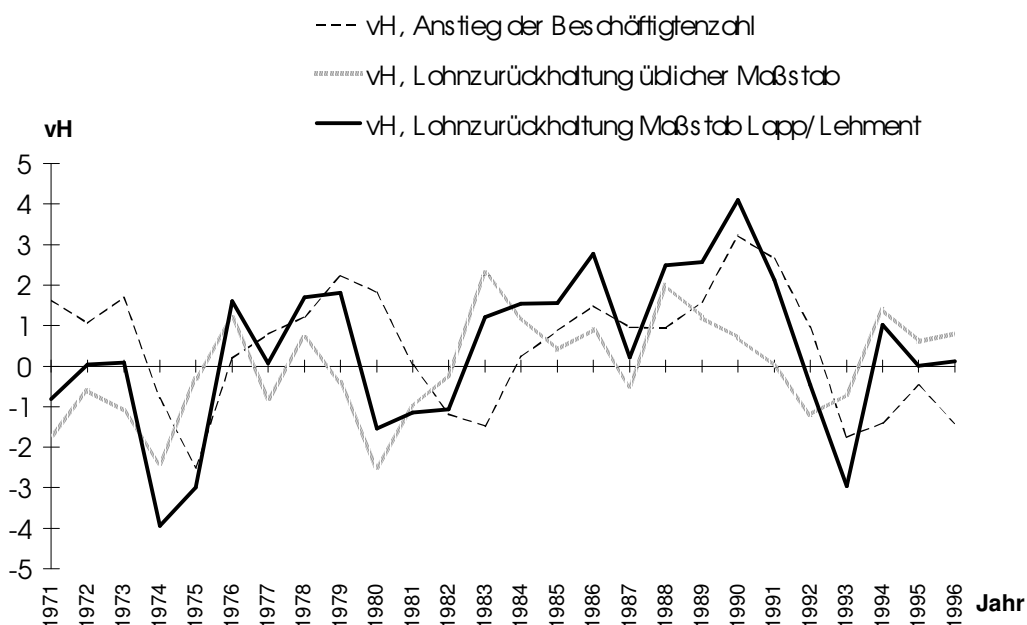
Bei Lohnzurückhaltung sinkt also die Lohnquote. Daher gilt:

$$(5) \quad LZ = -w_{L/Y}$$

Die Beschäftigungsentwicklung hat keinen Einfluß auf LZ. Bei Lapp/Lehment dagegen sehr wohl, und zwar in folgender Weise: Je höher w_A , desto eher ergibt sich eine LZ_{LL} . Schrumpft die Beschäftigung ($w_A < 0$), ergibt sich trotz sinkender Lohnquote keine Lohnzurückhaltung, es sei denn, die Lohnquote schrumpft noch rascher als die Beschäftigung. Insgesamt wird die LZ-Messung zugunsten der These, wonach LZ günstig für mehr Beschäftigung ist, durch einen definitorischen Trick verzerrt. Das Ergebnis zeigt Abb. 4 aus Lapp/Lehment, in das ich die Ergebnisse der korrekten, üblichen LZ eingefügt habe.

Abbildung 4: Lohnzurückhaltung und Beschäftigtenzahl in Deutschland 1971-1996.

Quellen: Lohnzurückhaltung, üblicher Maßstab: SVR, Jahrgutachten



1998/1999, Tabellen 4* und 28*; andere Zeitreihen: Lapp/Lehment (1997, S. 68).

Abb. 4 zeigt:

- Bei Lapp/Lehment „führt“ Lohnzurückhaltung fast immer mit einem Lag von ca. einem Jahr zu mehr Beschäftigung.
- In Wirklichkeit gibt es Phasen, wo LZ mit $w_A > 0$ verbunden ist, und andere, in denen LZ bei $w_A < 0$ vorliegt. Die Beziehung ist sehr unklar und vage.

Genauso irreführend wie bei den von Lapp/Lehment übernommenen Kurven sind die Ergebnisse ihrer Regressionsrechnungen. Denn wenn man versucht, die Änderungsrate der Beschäftigung (w_A) aus der Lohnzurückhaltung gemäß Gleichung (3) zu erklären, dann steht w_A auch als erklärende Variable auf der rechten Seite und die Änderung der Beschäftigung wird durch sich selbst erklärt.

Leider macht sich nicht jeder Leser die Mühe, die verwendeten Definitionen kritisch zu betrachten. Dann hätte solche Pseudo-Empirie, wie sie von Lapp/Lehment offeriert wird, keine Chance darauf, ernstgenommen zu werden. So aber schreibt Schürfeld (1998, S. 546):

„Tatsächlich konnten Lapp/Lehment empirisch nachweisen, daß durch eine relative Lohnsenkung mehr Beschäftigung geschaffen werden kann.“

Dies macht es erforderlich, den Charakter der „empirischen Belege“ von Lapp/Lehment deutlich zu benennen.

8. Schlußbemerkung

Die in der wirtschaftspolitischen Diskussion weit verbreitete These von der beschäftigungsfördernden Wirkung der Lohnzurückhaltung vernachlässigt, daß die Nachfrage nach Arbeit eine abgeleitete Faktornachfrage ist. Ihre Höhe wird vor allem von der Höhe der von den Unternehmen geplanten Produktion bestimmt. Diese These vernachlässigt m.a.W. den „Doppelcharakter der Löhne“, zugleich Kostenfaktor und Einkommens- und Nachfragequelle zu sein. Die Relevanz dieses Doppelcharakters betont auch die Deutsche Bundesbank (Monatsbericht 8/1994, S. 29):

„Gesamtwirtschaftlich gesehen, haben Löhne und Gehälter einen Doppelcharakter: Einerseits verkörpern sie die wichtigste Einkommensquelle und bestimmen damit in erheblichem Maße die Nachfrage nach Konsumgütern; andererseits stellen sie einen für Unternehmen zentralen Kostenfaktor dar, der über die aktuellen Angebotsmöglichkeiten und über die zukünftigen - in Form von Investitionen - mitentscheidet.“

Es wäre zu wünschen, daß diese Einsicht auch bei der lohnpolitischen Diskussion stärkere Beachtung findet. Dazu wollte ich einen kleinen Beitrag leisten.

Literatur

- Bean, Charles (1994), European Unemployment. A Survey. „Journal of Economic Literature“, 32. Jg., S. 573-619.
- Carlin, Wendy/ Soskice, David (1990): Macroeconomics and the Wage Bargain: A Modern Approach to Employment, Inflation and the Exchange Rate, Oxford (University Press).
- Deutsche Bundesbank (1994), Zur Entwicklung der Tarif- und Effektivverdienste seit Mitte der achtziger Jahre. „Monatsbericht“, 46. Jg., Heft 8, S. 29-45.
- Flassbeck, Heiner (1998), Reallöhne und Arbeitslosigkeit. Eine einfache empirische Widerlegung der neoklassischen Beschäftigungstheorie. „WSI-Mitteilungen“, 51. Jg., S. 226-232.
- Flassbeck, Heiner/ Spiecker, Friederike (1998), Löhne und Arbeitslosigkeit. Warum die gängigen Rezepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht greifen. Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Franz, Wolfgang (1996), Theoretische Ansätze zur Erklärung der Arbeitslosigkeit. Wo stehen wir 1995? In: Gahlen, Bernhard/ Hesse, Helmut/ Ramser, Hans-Jürgen (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und Möglichkeiten ihrer Überwindung. Tübingen (Mohr), S. 3-45.
- Jäger, Klaus (1996), Gewerkschaftsverhalten und Arbeitslosigkeit. In: Gahlen, Bernhard/ Hesse, Helmut/ Ramser, Hans-Jürgen (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und Möglichkeiten ihrer Überwindung. Tübingen (Mohr), S. 179-209.
- Kromphardt, Jürgen (1998), Bedingungen für eine Verringerung der Arbeitslosigkeit. Lehren aus einem Vergleich der Entwicklung in Westdeutschland und in den USA. In: Arthur Utz (Hrsg.), Die massive Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftsordnung. Berlin (Duncker & Humblot), S. 105-128.
- Lapp, Susanne/ Lehment, Harmen (1997), Lohnzurückhaltung und Beschäftigung in Deutschland und den Vereinigten Staaten. „Die Weltwirtschaft“, Heft 1/1997, S. 67-83.

Layard, Richard/ Nickell, Stephen/ Jackman, Richard (1991): Unemployment, Macroeconomic Performance and the Labour Market, Oxford (University Press).

Leijonhufvud, Axel (1981), Life among the Econ. In: Leijonhufvud, Axel, Information and Coordination. Oxford (University Press), S. 347-359.

Schürfeld, Angela (1998), Droht ein Lohnsenkungswettbewerb in der Europäischen Währungsunion? „Wirtschaftsdienst“, 78. Jg, S. 543-549.

SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung): Diverse Jahresgutachten, Stuttgart (Metzler-Poeschel).

SCHRIFTENREIHE DES
PROMOTIONSSCHWERPUNKTS
MAKROÖKONOMISCHE DIAGNOSEN UND THERAPIEN
DER ARBEITSLOSIGKEIT

- Nr. 1/1998 Bernhard Holwegler und Hans-Michael Trautwein, *Beschäftigungswirkungen der Internationalisierung, eine Studie aus- und einfließender Direktinvestitionen der Metall- und Elektroindustrie im Raum Stuttgart*
- Nr. 2/1998 Heinz-Peter Spahn, *Heterogeneous Labour, the Unemployment Equilibrium, and the Natural Rate*
- Nr. 3/1998 Philip Arestis, Iris Biefang-Frisancho Mariscal and Harald Hagemann, *Capital Shortage Unemployment in Germany and the UK*
- Nr. 4/1999 Theo Schewe, *Full Employment in the Age of Globalisation? Political-Economic Analysis of Effective Employment Policies in the Nineties. The Case of Norway.*
- Nr. 5/1999 Hagen Krämer, *Dienstleistungen: Motor für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland?*
- Nr. 6/1999 Jürgen Kromphardt, *Lohnbildung und Beschäftigung*
- Nr. 7/1999 Ewald Walterskirchen, *Beschäftigungspolitik in Österreich*